

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 32

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neues sowjetisches Kontrollorgan

Neuer Druck von oben nach unten

Eine «Festigung der Kontrolle von oben nach unten infolge der anwachsenden Aufgaben der Volkswirtschaft» sieht der letzte sowjetische Ukas vor. Er fördert auch die allgemeine Bespitzelung und Denunzierung.

Am 23. Juli wurde der Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjets «Ueber die Reorganisation der Kommission der Sowjetkontrolle in ein unions-republikanisches Organ der Staatskontrolle» veröffentlicht. Hinter dieser scheinbar unbedeutenden Umbenennung verbirgt sich eine wichtige Reorganisation der Kontrollorgane, die aus der Begründung und dem Text dieses Ukas klar ersichtlich ist.

Die Reorganisation wird folgendermassen begründet: «... Im Zusammenhang mit den zunehmenden wirtschaftlichen Aufgaben und der Notwendigkeit die Kontrolle der Verwirklichung der Beschlüsse der Regierung zu verstärken ... zwecks weiterer Stärkung der Staatsdisziplin...» In der Kompetenzumschreibung des neuen Kontrollorgans heisst es: «Kontrolle der Beschlüsse der Regierung in den wichtigsten Fragen der Volkswirtschaft; die Befolgung der Staatsdisziplin bei den Ausgaben von Geld und von materiellen Werten; Kontrolle der von der Regierung festgesetzten Pläne für die Lieferun-

gen von Material, Ausrüstung, Lebensmitteln und Industriewaren für die Staatsreserve und gemäss republikanischen Bestellungen; Kontrolle über den Zustand der Rechnungsführung und der Berichterstattung, Ausmerzung der Fälskationen und des Schwindels in der Berichterstattung, Bekämpfung aller Erscheinungen des wirtschaftlichen Lokalpatriotismus, Bürokratismus und der Verschleppung der Geschäfte; Kontrolle über die Massnahmen zur Vervollkommenheit der Tätigkeit des Staatsapparates und zur Verminderung seiner Unterhaltskosten.»

Das neue Organ hat weitgehende Kompetenzen. Die Aufzählung seiner Aufgaben weist auf die Vielzahl der zu bekämpfenden, also oft vorkommenden staatsfeindlichen Handlungen hin. Zu Kontrollmassnahmen werden Arbeiter, Kolchosbauern und Angestellte beigezogen. Die Tätigkeit der Kommission geht auf Unionsbudget. Der Denunziation ist damit freie Bahn geschaffen. Schon hat die Presse mit zahlreichen bestellten Klagen reagiert, dass aus der Bevölkerung zuwenig Anzeigen vorlägen.

Das neue sowjetische Parteistatut enthält unter anderem auch die Definition von Rechten und Pflichten der Mitglieder, umfangmässig im Verhältnis von 1:3. Erstere werden in 17 Zeilen und vier Ziffern beschrieben, letztere umfassen 52 Zeilen und neun Abschnitte.

Freiwillige Arbeit für Rüstung – und überhaupt

Um Chruschtschews Drohungen gegen den Westen zu unterstreichen, haben die Belegschaften zahlreicher Rüstungsindustrien «freiwillig» ihre Arbeit von sieben auf acht Stunden erhöht bekommen.

Auch sonst liegt auf dem Wege zur 30-Stunden-Woche, die im neuen Parteiprogramm angekündigt wurde, vorläufig noch eine erhöhte Arbeitszeit. Freiwillig, das heisst unbezahlt. Im Zeichen des heranrückenden 22. Parteikongresses ist im ganzen Unionsgebiet eine grosse Aktion zur Ueberfüllung der Planaufgaben und zur Forcierung der Produktion lanciert worden. «Die Bewegung der Kommunistischen Arbeit» umfasst bereits zwölf Millionen Personen und entwickelt sich von Tag zu Tag. Die Werktätigen von Moskau haben sich verpflichtet, die geplante Arbeitsproduktivität für

dieses Jahr um 15 Prozent zu übererfüllen.

Die Bewegung errichtet die sogenannten kommunistischen Arbeitskollektive. Diese dienen nicht nur der Produktionssteigerung, sondern auch der «Umerziehung» der Bevölkerung und spielen für das jetzt ausgebaute Kontroll- und Denunziantenwesen eine grosse Rolle.

Varna ohne Wasser

An der bulgarischen Schwarzmeerküste, für die gegenwärtig im Westen intensivste Touristenpropaganda betrieben wird, musste das Wasser rationiert werden. In Varna und den umliegenden Kurorten wurde die Wasserzufuhr Ende letzten Monats auf die Zeiten von 5 bis 8 und 18 bis 21 Uhr beschränkt. Für Wasserverschwendung wurden hohe Bussen angesetzt. Auch die Kurgäste wurden zu «sparsamsten Gebrauch» angehalten. Auch scheint in Varna der Zustand der Kühlanlagen so katastrophal zu sein, dass die Versorgung der Bevölkerung mit frischen Lebensmitteln offensichtlich gefährdet war.

Der binnenländische Fleischmangel und die Exportverpflichtungen zwingen die bulgarische Regierung, die Viehzucht mit allen Mitteln voranzutreiben. Da aber anstelle einer Produk-

KP-Treibmittel Öl

Der Osthandel kann zur direkten Finanzierung der Kommunisten im Westen dienen.

Als Beispiel führt man in Oesterreich die sowjetischen Rohöl-, Heizöl- und Superbenzinlieferungen an, die nicht direkt an die österreichischen Verarbeitungs- und Betriebsfirmen, sondern durch die einer von den Sowjets ausgewählten Grosshandelsfirma erfolgen. Nach österreichischen Feststellungen sollen die Erträge aus diesem Provisionsgeschäft zur Finanzierung der den Kommunisten nahestehenden Organisationen dienen. Das Geschäftsvolumen ist nämlich nicht gering, denn es handelt sich um 250 000 Tonnen Rohöl, 50 000 Tonnen Heizöl und 30 000 Tonnen Superbenzin, im Werte von 160 Millionen Schilling.

Osthandel nicht nur als Waffe, sondern als Ertragsquelle der KP.

tionssteigerung eine weitere rückläufige Tendenz zu vermerken war, wurde eine Untersuchung eingeleitet, die festgestellt hat, dass die Viehzucht in Bulgarien gegenwärtig ein Verlustgeschäft ist, wobei die Einnahmen nicht einmal die Selbstkosten decken.

Selbsttragende Kollektive an Belgrader Hochschulen

Für Herrensöhne und Werkstudenten

Jugoslawien kehrt zum verachteten kapitalistischen Geldstudium oder Werkstudententum zurück und dies im Zeichen eines ausgebauten sozialistischen Sektors. Studenten müssen privat mehr bezahlen, damit die gemeinnützigen Betriebe für ihre Unterkunft und Verpflegung nicht mehr als Verlustgeschäfte figurieren. Das «selbsttragende Kollektiv der Werktätigen» ist auch dort eingeführt worden, wo der Werktätige nichts verdient, und der Begriff daher ein Widerspruch ist.

Laut einem Bericht der Jugendzeitung «Mladost» wurden in Belgrad die Preise für Studentenheime, Mensa, Zimmer und Essen auf das im Herbst beginnende Schuljahr hin von 5200 Dinar auf 8100 Dinar im Monat, also um mehr als die Hälfte erhöht. Damit bestätigt sich die schon im Frühling beobachtete Tendenz (siehe KB Nr. 17, «Wer soll bezahlen?») auf eine stärkere private Belastung der Studenten. Was damals aus etwas anderem Gebiet (Kredit für Hochschulstudium unter Bürgerschaft der Eltern) noch theoretisch diskutiert wurde, hat wenigstens in Belgrad bereits den

Weg in die Praxis gefunden. Damit die erhöhten Auslagen von den Studierenden bewältigt werden können, sieht «Mladost» nebst allfälligen Stipendien-erhöhungen eine gewisse Teilnahme der Studenten im Interesse des so eminent «sozialistischen» selbsttragenden Betriebes. Wenn man allerdings vom westlichen Werkstudententum spricht, so ist das im kommunistischen Osten immer eine Studienstärkung für die ausgebeutete Klasse.

Das Amt für internationalen Jugend- und Studentenaustausch will 1963 rund 12 000 ausländischen Studierenden einen Aufenthalt in jugoslawischen Ferienlagern ermöglichen. Solche Kolonien bestehen in kleinerem Ausmass schon, haben aber noch zum Teil mit Versorgungsschwierigkeiten (u. a. Wasser) zu kämpfen. Neu für die Zukunft ist geplant, jedes Lager unter einer Art internationaler Selbstverwaltung (durch Vertreter der teilnehmenden Auslandsorganisationen) zu stellen, welche zwar nicht in administrativer Hinsicht, aber für die Programmgestaltung massgebend wäre.

Polizei darf alles

Noch heute besteht in Ungarn praktisch eine strafrechtliche Immunität des Polizei-Apparates, der seine Willkürlichkeit einfach der Verantwortung entziehen kann.

Das bestätigt ein Prozessbericht in der Juli-Nummer von «Biro-sagi Hatarotatok», der offiziellen Monatszeitschrift des Obersten Gerichts. Ein Hinweis liess erkennen, dass die Instruktion des Obersten Staatsanwaltes (Nr. 1/1960) noch in voller Kraft ist, wonach Staatsanwälte, bevor sie Strafanklage gegen einen Offizier der Armee oder Polizei erheben, sich dazu die Erlaubnis beim zuständigen Kommandanten einholen müssen. «Zuständiger Kommandant» für die Polizei ist der Innen- (und Sicherheits-)minister. Das heisst, dass die ihr Amt auf höheren Befehl missbrauchenden Offiziere strafrechtliche Immunität geniessen.

Die «Volksgerichtsenate», die berüchtigten Blutgerichte aus der Zeit der Revolution, sind zwar seit diesem Frühling abgeschafft (siehe KB Nr. 17). Aber die Willkürherrschaft des Innenministeriums wird noch ganz offiziell weiter geschützt.

Unser Memo

Nach politischen Gesichtspunkten gelenkte Ostkontakte sind in der Praxis schwer zu erreichen.

Gerade ihre Befürworter müssen sich darüber immer wieder Rechenschaft geben, um bessere Wege zu einer wirkungsvollen Handhabung der Beziehungen mit der kommunistischen Welt zu finden.

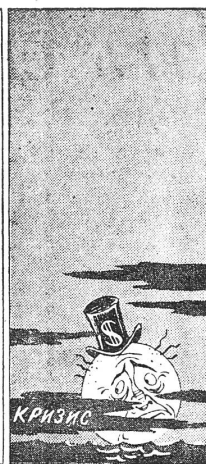
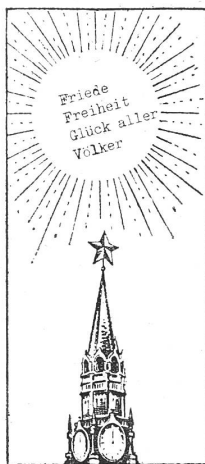
Auf eine schwere Enttäuschung in dieser Beziehung macht eine kürzliche Presseveröffentlichung der Aktion «Niemals vergessen» aufmerksam. Sie hatte die Teilnahme des Schweizerischen Akademischen Sportverbandes an der Universiade von Sofia befürwortet. Allerdings unter der Bedingung, dass die Teilnehmer hingen, unterrichtet über Wesen und Praxis von Demokratie und Totalitarismus, orientiert über die Verhältnisse im kommunistischen Osten. So hätten sich namentlich die dort konkurrierenden Studenten aus den Entwicklungsländern nicht ausschliesslich dem kommunistischen Einfluss ausgesetzt gesehen; die politisch verantwortlichen Schweizer Studenten hätten ihn etwas neutralisieren können.

Der SASV hatte diesen Frühling seine Zustimmung zu einem Vorbereitungskurs gegeben, der in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Aufklärungsdienst, dem SOI und der Sektion «Heer und Haus» geplant war, und die Studenten über den Kommunismus, seine Kampfmethoden gegen die freie Welt und über Fragen der Entwicklungsländer orientieren sollte.

Dann aber erhielt der SASV einen neuen Vorstand, der Ende Mai eine solche Tagung mit der Begründung ablehnte, eine politische Vorbereitung sei statutenwidrig. Daraufhin liess die Aktion «Niemals vergessen» jedem Teilnehmer eine persönliche Einladung zu dem dreitägigen Kurs in Magglingen zukommen, dessen Kosten im Vergleich zur Fahrt nach Sofia geringfügig waren. Hier folgte für die Initianten die zweite Enttäuschung: Es gab grossenteils Absagen oder überhaupt keine Reaktion. Unter anderm traf ein Schreiben mit folgendem Passus ein: «Je considère l'activité qu vous menez comme absolument scandaleuse, ridicule et préjudiciable sur tous les plans du sport et à notre pays.»

Darauf gelangt die Aktion «Niemals vergessen» zur Folgerung: «Wir halten grundsätzlich an unserer Auffassung fest, dass gezielte, von geschulten Leuten durchgeführte Ostkontakte... für unsere Sache von Nutzen sein können. Doch in Zukunft werden wir unsere Zustimmung für solche Kontakte erst geben, wenn die von uns gestellten Bedingungen erfüllt sind.»

Man mag von einem Misserfolg, ja von einer Schlappe der «taktischen Ostkontakte» reden. Zweifellos werden die Forderungen wieder zu hören sein: Dass man entweder die Ostkontakte, weil unkontrollierbar, überhaupt freigebe, oder dass man sie, aus dem gleichen Grunde, völlig unterbinde. Das erste wäre unverantwortlich, weil wir vor den politisch gelenkten Westkontakten der andern Seite einfach kapitulieren würden. Das zweite wäre ebenfalls falsch. Um uns selbst zu zitieren (KB Nr. 26): Wir folgern nicht, dass wir die Waffen strecken, sondern dass wir sie schärfen müssen.



Reine Dichtung

Im Zenith steht in der Zeichnung der Moskauer «Literaturnaja i Schisn» die kommunistische Sonne, während der Kapitalismus hinter schwarzen Krisenwolken untergeht. Ein typisches Beispiel für das offiziell proklamierte Hochgefühl nach der Veröffentlichung des neuen Parteiprogramms.

Womöglich noch überschwänglicher fiel die bestellte Begeisterung in den Leserbriefen an die Zeitungen aus. «Reine Poesie» (auf deutsch: reine Dichtung) nannte eine Arbeiterin in einem Schreiben an die «Pravda Ukraini» die Versprechen des Dokuments auf eine «lichte Zukunft der Menschheit»:

«Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass ein offizielles Dokument reine Poesie sein könne, erfüllt von Inspiration, von Freude und vom Vorgefühl späterer Genüsse (die demnach bestimmt nicht gegenwärtig sind). Ich spreche natürlich vom Programm unserer lieben Kommunistischen Partei. Jeder fühlt sich beim Lesen gedrängt zu noch vollkommener Lebensweise und noch selbstloserer Arbeit»...

Die selbstlose Arbeit steht bei der Verminderung der (bezahlten) Arbeitszeit bei entsprechender Vergrößerung der (unbezahlten) «freiwilligen Aufbauarbeit» überhaupt hoch im Kurs. So schrieb ein Abgeordneter der Georgischen SSR in seinem spontanen Kommentar («Sarja Wostoka», 4. August): «Wir fühlen den Wunsch, mehr Arbeit leisten zu können.»

Die weniger begeisterte Bevölkerung begrüsst den in Aussicht gestellten Vollkommunismus mit der folgenden zweideutigen Definition: «Vollkommunismus ist, wenn alle von allem genug haben.»

Die politische Waffe konnte in diesem Fall aus zwei Gründen — oder wenigstens einem von zwei Gründen — nicht richtig eingesetzt werden: Einmal hatten die Interessierten zu wenig persönliches Verantwortungsbewusstsein, dann hatte das beratende Organ keine Kompetenzen, seine Richtlinien zu verwirklichen. Wir hoffen und arbeiten auf eine Remedur für den ersten Fall. Aber allmählich wird man schwer umhin können, auch dem andern Aspekt seine Aufmerksamkeit schenken zu müssen.

Curriculum der Woche

PJOTR GRIGORJEWITSCH BOLOTNIKOW

Leichtathletischer Goldmedaillengewinner über 10 000 Meter an den letzten Olympischen Spielen. Verdienter Meister des Sports der UdSSR.

Der 30jährige Läufer beginnt nach seiner Entlassung aus der Armee vor sechs Jahren bekanntzuwerden. Tritt der Moskauer Sektion der Sportvereinigung Spartak (für Mitglieder der Industriegenossenschaft) bei und macht unter dem Trainer P. Stepanow rasche Fortschritte. 1957 schlägt er erstmals den Weltrekordhalter W. Kuc in einem 10 000-Meter-Lauf und gehört von da an zur anerkannten Spitzenklasse der Welt. 1959 gewinnt er an der zweiten Spartakiade der UdSSR (Polysportive Spiele in Moskau) sowohl über 5000 als auch über 10 000 Meter. Bei den letztjährigen Olympischen Spielen in Rom siegte er über die längere Strecke mit deutlichem Abstand auf seine Konkurrenten in der neuen olympischen Rekordzeit von 28 Minuten, 32,2 Sekunden und verpasste den Weltrekord Kucs von 28:30,4 nur knapp.

Träger des Leninordens und zahlreicher sportlicher Auszeichnungen.

Abschluss

Kurz bevor die SBZ-Regierung ihre Grenzen hermetisch gegen Westberlin abschloss, um der Massenflucht ihrer Bevölkerung einen Riegel zu stellen (wobei die sowjetischen Streitkräfte zur Verhinderung von Unruhen in Alarmbereitschaft versetzt wurden), brachte die «Sowjetskaja Rosija» (vom 6. August) die hier wiedergegebene Karikatur zum Deutschlandproblem. Von dieser faktischen Ironie abgesehen ist die Darstellung in Idee und Ausführung recht witzig. Das im Deutschen gleichlautende Wortspiel zur Erklärung lautet: «Was sich Adenauer unter dem 'Abschluss' des Friedensvertrages vorstellt.» Uebrigens sucht der Ostblock, dessen Parteisekretäre sich kürzlich in Moskau zum Befehlsempfang eingefunden haben, mit solchen Darstellungen nicht zuletzt im Westen zu wirken.

